

*Cottbuser*

**Herzbl  tt**

**Chošebuska wušobka**

**Die linke Zeitung aus der roten Ecke**

22. Jahrgang / Nr. 02 (235)

Febrjuar 2012

Bitte 0,75 Euro spenden

**In dieser Ausgabe**

**Seite 8:** Das Ehrenamt ist für uns alle unentbehrlich

**Seiten 9/10:** Bürgerliche Moral à la Wulff

**Seiten 11:** Die kleine DDR und Friedrich der Große

**Neuer Vorsitzender des Ortsvorstandes, Jürgen Siewert:**

## **Wir haben viel zu tun, damit wir noch mehr wählbar werden**

Am 21. Januar traf sich der Ortsverband Cottbus im Stadthaus zu seiner Gesamtmitgliederversammlung.

Das zentrale Thema war die Wahl des neuen Ortsvorstandes.

Dem Verband gehören 538 Mitglieder an. Von ihnen waren 111 anwesend und damit beschlussfähig.

Einziger Kandidat für den Vorsitz des neuen Ortsvorstandes und gut bekannt in der Runde: Jürgen Siewert, als der

Geschäftsführer von Unternehmen wie der „Freizeitoase“ und Stadtverordneter unserer Fraktion. Er wurde mit 95,3 Prozent gewählt.

In seinem Schlusswort betonte Jürgen Siewert: Wir haben viel zu tun, damit wir noch mehr wählbar werden.

Vor allem gilt es: Um den 15. Februar gegen Rechtsextreme Flagge zeigen! „Cottbus bekennt Farbe“ wird um den

15. Februar 2012 gemeinsam und entschlossen mit unterschiedlichsten Aktionsformen auftreten. Jede friedliche Protest- und Widerstandsform hat ihre Berechtigung. Auch wir – DIE LINKE – wollen zahlreich mit dabei sein.

Das war auch ein wesentliches Anliegen der Gesamtmitgliederversammlung  
*Walter Schulz*

**(Weiteres Seiten 2 und 3)**



*Der neue Ortsvorstand: Jürgen Siewert (Vorsitzender), Birgit Mankaur, Petra Majunke, Peter Kuchta, Sonja Newiak, André Kaun, Sabine Lichtwald, Christopher Neumann, André Groß (von links). Annely Richter nicht auf dem Bild.*

*Foto: Dieter Brendahl*

# Uns öffentlich zeigen! Wie gelingt das dem Ortsverband?

Aus dem Rechenschaftsbericht von Jürgen Maresch auf der Gesamtmitgliederversammlung



Einen sachlichen und kritischen, auf weitgehende Zustimmung stoßenden Bericht gab unser bisheriger Ortsvorsitzender Jürgen Maresch vor 111 anwesenden LINKEN auf der Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes Cottbus am 21. Januar, der nach zweijähriger Wahlperiode einen neuen Ortsvorstand wählte.

Verbessert hat sich, so schätzte Jürgen Maresch ein, die Zusammenarbeit mit den Basisorganisationen. In Treffen zwischen Mitgliedern des Ortsvorstandes und einiger Basisorganisationen, so zum Beispiel der Basisorganisationen Neuhausen, Kolkwitz und Drebkau, wurden Probleme der Kommunal- und der Landespolitik besprochen. So hat der Ortsverband versucht, sich der ständig wiederkehrenden Kritik an der Vernachlässigung der Basisorganisationen außerhalb von Cottbus zu stellen. In den Cottbuser Stadtteilen gibt es jeweils noch zwei oder drei Basisorganisationen, die sich regelmäßig treffen, andere, meist aus Altersgründen, sehr selten.

## Stadtteilkonferenzen im Gespräch

Der Ortsvorstand hält es für denkbar, ohne hier irgendetwas vorzuschreiben, künftig Stadtteilkonferenzen abzuhalten, wo drängende kommunale und andere Probleme besprochen werden. Der demografische Wandel macht auch vor unserer Partei nicht halt. Was natürlich nicht heißt, dass wir uns nicht weiterhin mit aller Kraft um den Nachwuchs bemühen müssen. Wir haben in Cottbus eine

ganze Reihe junger LINKER, sie sind ein wichtiger Pfeiler für unsere Arbeit, sie organisieren Kampagnen, wofür den Älteren oft die Kraft fehlt, und tragen so dazu bei, DIE LINKE. sichtbar zu machen.

## DIE LINKE. braucht mehr Präsenz

Doch ob die Wirksamkeit unserer linken Ideen in der Öffentlichkeit ausreichend ist, wurde im Bericht ebenfalls unter die Lupe genommen. Freilich gibt es eine ganze Reihe von Initiativen.

Die Jugend organisierte Veranstaltungen, belebte Traditionen, wie die Teilnahme an den Pressefesten in Paris und Wien, wieder. Auch anderweitig wurde die internationale Arbeit, vor allem gemeinsam mit den tschechischen Genossen, gepflegt.

In Zeitungen und im Fernsehen erfolgt allerdings keine regelmäßige Präsenz. Die „Lausitzer Rundschau“ berichtet kaum über die Partei DIE LINKE.. Man kann das beklagen – aber wir müssen eben andere Wege gehen, beispielsweise die regelmäßige Pflege unseres Internetauftritts. Unsere Sommerfeste waren immer gut besucht, doch die Genossen blieben meist unter sich. Im Ortsvorstand gibt es Überlegungen, das Sommerfest auf ein Wochenende um den Weltfriedenstag zu verlegen und es so zu einer öffentlich wahrgenommenen Veranstaltung zu machen.

Für 2012 plant die Stadtverordnetenfraktion eine Postwurfsendung (etwa zur Mitte der Legislaturperiode). Hier sollen unsere inhaltlichen Kernpunkte dargestellt und das Wirken der Stadtverordneten vorgestellt werden. Die nächsten Wahlen zum Landtag sind nur noch zweieinhalb Jahre entfernt – für uns bedeutet das, einen kräftigen Zahn zuzulegen, wollen wir das gute Ergebnis der letzten Wahlen auch nur annähernd erreichen.

## Bilanz gezogen

Gewürdigt wurde vom Vorsitzenden die die aktive Arbeit der IG und AG sowie die Arbeit der Redaktionskommission des „Herzblatts“.

Als ein Beispiel guter Verzahnung von Landespolitik und dem hartnäckigen Drängen des Ortsverbandes der LIN-

KEN sowie der Fraktion nannte Jürgen Maresch, dass es in Cottbus auf Antrag von LINKEN und der SPD gelungen ist, statt der entwürdigenden Gutscheine für ausländische Mitbürger das Bargeldprinzip einzuführen. Das war zunächst auf größten Widerstand in der Verwaltung gestoßen.

## Ein breites Bündnis gegen Nazis

Im Februar 2011 hatten sich in Cottbus zahlreiche demokratische Kräfte den demonstrierenden Nazis entgegengestellt, wurden aber an friedlichen Blockaden – einem wirksamen Gegenmittel! – gehindert. In diesem Jahr soll der Druck gegen die Nazis noch stärker sein. Wir kennen alle die Blutspur, die rechte Terroristen in Deutschland gelegt haben. Als feige Morde an ausländischen Mitbürgern geißelte Jürgen Maresch die Bluttaten, die deutlich zeigen, wie menschenverachtend, brutal und skrupellos Nazis sind.

Unter dem Motto „Cottbus bekennt Farbe“ wird in diesem Jahr am 15. Februar und um den 15. Februar herum ein breites Bündnis demokratischer Kräfte mit vielfältigen Aktionen ein deutliches Zeichen gegen Neonazis setzen und ihnen in unserer Stadt den Raum nehmen. An diesem Tag zwischen 15.00 und 17.00 Uhr hoffen wir, dass alle Cottbuser Nazi-gegner auf den Beinen sind. **(Siehe auch Seite 6)**

Text: G.Krönert

Foto: Dieter Brendahl

## Spende für behinderte Kinder aufgestockt

Die Teilnehmer der Gesamtmitgliederversammlung sammelten für behinderte Kinder in der Cottbuser Integrations-Kita „Janusz Korczak“ Spenden in Höhe von 281,19 Euro.

Sie wurden durch den bisherigen Ortsvorstandsvorsitzenden Jürgen Maresch, weiterhin behinderten-politischer Sprecher unserer Partei im Landtag, aus eigener Tasche aufgerundet auf glatte 300 Euro.

## Aus der Diskussion zum Rechenschaftsbericht

Insgesamt gab es zum Rechenschaftsbericht eine rege Diskussion. Hier einige Auszüge:

### Winfried Schwerendt:



Er forderte eine intensive Auseinandersetzung mit dem Begriff „Unrechtsstaat“. Hintergrund sind Äußerungen des Genossen Lothar Nicht gegenüber der „Lausitzer Rundschau“ im

Zusammenhang mit dem „Menschenrechtszentrum“ in Cottbus, dass die DDR ein „Unrechtsstaat“ gewesen sei. Unsere Sympathisanten sollten uns wichtig sein!

### Mathias Kroll:

Die kritische Sicht auf die Arbeit des Ortsvorstandes, so meinte er, kommt im Rechenschaftsbericht von Jürgen Maresch zum Ausdruck. Sein Vorschlag: Themengebundene breite Bündnisse zu bilden unter Einbeziehung der Cottbuser BürgerInnen.

### Steffen Marquäß:

Er vermisste im Rechenschaftsbericht die enorme Bedeutung der Regionalkonferenzen – diese sind wichtig für unsere zukünftige Öffentlichkeitsarbeit. Er forderte: Wir müssen Politik für die Menschen machen!

### Joachim Masula:



Auch er stimmte dem Rechenschaftsbericht zu. Er übte scharfe Kritik an den oben genannten Äußerungen von Lothar Nicht zum Thema „Unrechtsstaat“ und forderte, dass dieser sich demnächst

einmal vor einem größeren Gremium erklären muss, da er heute leider nicht anwesend ist.

Auch andere Diskussionsteilnehmer übten scharfe Kritik an den öffentlichen Aussagen von Lothar Nicht.

### Karin Kühl:

Mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum neuen Landesvorstand erklärte sie sich bereit, erneut zu kandidieren und schilderte kurz ihre bisherigen und zukünftigen Aufgabenbereiche im Landesvorstand: Die Leitbilddiskussion muss weitergeführt werden. Aufgrund der bisherigen guten Erfahrungen werden auch zukünftig Regionalkonferenzen im Landesverband durchgeführt.

### Manfred Schemel:



Als Vorsitzender des Strittmatter-Vereins setzt er sich dafür ein, dass das Leben und Wirken des bekannten Schriftstellers gewürdigt wird. Zum

100. Geburtstag von Erwin Strittmatter sind in diesem Jahr mehrere Veranstaltungen geplant.

### Andreas Metschke:



Er stimmte – wie viele andere Diskussionsteilnehmer – dem Rechenschaftsbericht von Jürgen Maresch zu und schlug vor, unsere Stadtteilkonferenzen öffentlichkeitswirk-

samer zu gestalten, um auch die Bevölkerung daran teilhaben zu lassen.

**Matthias Loehr:** Er erläuterte die künftigen Vorhaben im Kreisvorstand: Regionalkonferenzen, die Vorbereitung auf den Landesparteitag am 18./19. Februar – Neuwahl des Landesvorstandes. Gemeinsame Sitzungen von Fraktionen und Ausschüssen im Kreisverband sind geplant, ein Friedensfest, ein Kreisparteitag zum Thema Energie und vieles mehr.

**Eberhard Richter,** der neue Geschäftsführer unserer Fraktion in der Cottbuser SVV, schilderte die Probleme mit der finanziellen Ausstattung des Stadtmuseums: Derzeit wird ein neues Konzept erarbeitet.

*Sigrid Mertineit*

## Spendierte Plätze für Kinder



Anfang Dezember 2011 startete die Cottbuser AG Soziales gemeinsam mit dem Ortsvorstand der Linken einen

Spendenauftrag zur Aktion „Der Spendierte Platz 2011“.

Ein Theaterplatz für Kinder kostet fünf Euro. Doch viele Eltern können sich das für ihre Kinder nicht leisten, und so bleiben ihnen die schönen Kindervorstellungen unseres Staatstheaters verwehrt.

Die Cottbuser Tafel des Albert-Schweitzer-Familienwerkes Brandenburg e.V., die „Haltestelle“ der Evangelischen Brüder-Unität und der Verein Jugend und Kinder der Stadt e.V. betreuen viele Kinder aus armen Familien.

Die MitarbeiterInnen des Cottbuser Staatstheaters sammeln gemeinsam mit diesen Vereinen und mit vielen CottbuserInnen alljährlich Spendengelder für die Aktion „Der Spendierte Platz“.

Unserem Aufruf folgten in Cottbus auch viele Genossinnen und Genossen, und so kamen insgesamt 620 Euro zusammen. Ein Teil der Gelder wurde schon vorher bei der Theaterkasse in der Galeria Kaufhof „abgeliefert“.

Am 21. Dezember 2011 übergaben wir – Gudrun Hibsich, Birgit Mankour und Sigrid Mertineit – die restlichen 465 Euro an der Theaterkasse, sehr zur Freude der beiden MitarbeiterInnen.



Wir bedanken uns sehr bei den fleißigen SpenderInnen und SpendensammlerInnen und hoffen, dass sehr viele Kinder aus armen Familien in den Genuss von Theatervorstellungen kommen.

*Sigrid Mertineit*

## BRD braucht eine Kehrtwende in der Verteilungspolitik

*Der Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, bezeichnet den am 18. Januar vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht als „Dokument wirtschaftspolitischen Versagens“. Deutschland sei auf die durch die Wirtschaftskrise bevorstehenden Turbulenzen nicht ausreichend vorbereitet. Ernst fordert eine Stärkung der Binnenkonjunktur durch eine Politik für höhere Löhne und Sozialleistungen sowie die schnelle Realisierung eines Konjunkturpakets gegen die Krisenfolgen. Er erklärt:*

Der Jahreswirtschaftsbericht ist ein Dokument wirtschaftspolitischen Versagens. Europa steht am Rand einer gewaltigen Krise. Die Prognose der Bundesregierung spiegelt die Folgen einer falschen Politik wieder. Das Jahr 2012 bringt keine verteilungspolitische Wende. Die Masseneinkommen steigen nur minimal stärker als die Preise. Vom Export kommen keine Wachstumsimpulse, weil Merkel und Rösler bei den europäischen Nachbarn gigantische Kürzungsorgien durchgesetzt haben.

Die Investitionen brechen ein, weil es für die Banken attraktiver ist, an unregulierten Finanzmärkten zu spekulieren, als den Unternehmen Geld zu leihen. Die Binnennachfrage kann diese Einbrüche nicht auffangen, weil die Zuwächse bei den Löhnen nur minimal sind.

Deutschland ist kein Stabilitätsanker sondern ein Schiff ohne Kompass im Auge des Sturms. Schwarz-Gelb hat nichts getan, um das Land auf die kommenden Turbulenzen vorzubereiten. Wir brauchen eine Kehrtwende in der Verteilungspolitik.

Dazu muss es in der Bundesrepublik 2012 vor allem eine Lohn- und Sozialoffensive geben. Steigende Löhne, steigende Renten, steigende Sozialleistungen, das kurbelt die Binnennachfrage an und zieht Europa aus der Krise.

Dazu müssen die Lohnbremsen aus dem Arbeitsrecht raus, und die Kürzungsfaktoren müssen aus der Rentenformel gestrichen werden, damit die Rente wieder mit den Löhnen steigt. Alle Sozialleistungen müssen darauf überprüft werden, ob sie die wirklichen Bedarfe abbilden und mit der Inflation Schritt gehalten haben.

**Matthias Loehr, Kreisvorsitzender:**

## Wir wollen und werden unsere Region gemeinsam gestalten



Mit einem politischen Paukenschlag begann das neue Jahr. Pünktlich zum Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar wurde die Partei sehr unsanft aus der Jamaika-Koalition befördert. Die stattgefundenen Sondierungsgespräche zwischen CDU und SPD mündeten in der bevorstehenden Auflösung des Landtages.

Vermutlich am 25. März haben wir nun eine Landtagswahl an der Saar. Es besteht die Chance, dass die FDP aus einem weiteren Parlament rausfliegt. Und auch die Grünen müssen um ihren Wiedereinzug bangen.

Für DIE LINKE ist die Messlatte sehr hoch – 21,3 Prozent war unser Ergebnis 2009. Allerdings lagen wir in dieser Zeit auf Bundesebene bei zwölf Prozent. Somit wird – auch wenn Oskar Lafontaine wieder unser Spitzenkandidat ist – das damalige Ergebnis kaum zu wiederholen sein. Trotzdem bietet sich für DIE LINKE die Chance, sich gemeinsam auf diesen Wahlkampf zu konzentrieren und somit die Selbstbeschäftigung zu beenden.

Das Saarland ist über 700 Kilometer von der Lausitz entfernt, somit werden wir vor Ort kaum unterstützen können.

Zudem hat sich der Kreisvorstand für die kommenden Wochen und Monate selbst einiges vorgenommen. Dazu gehört unter anderem die Vorbereitung der herannahenden Bundestagswahl sowie die Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit und die intensivere Abstimmung zwischen unseren Abgeordneten beziehungsweise Gemeindevertretern und dem Kreisvorstand. Daher lädt der Vorstand zu einer gemeinsamen Klausurberatung am 9. Juni alle Mandatsträger ein.

Die inhaltlichen Vorbereitungen dafür haben begonnen, und wir befinden uns im Abstimmungsprozess.

Schon am 16. Juni soll es, nach dem Willen des Kreisvorstandes, einen Kreisparteitag geben. Dieser wird, wie in den vergangenen Jahren, als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt. Da am ersten Juniwochenende die Neuwahl des Parteivorstandes in Göttingen stattfindet, nutzen unsere Delegierten gewiss diese Veranstaltung, um die Partei über den Verlauf und die Ergebnisse aus erster Hand zu informieren.

Weitere thematische Schwerpunkte werden die Zusammenarbeit zwischen Cottbus und Spree-Neiße sein, und wir wollen uns wieder dem großen Komplex der Energiepolitik widmen.

Seit dem 10. Januar liegt der Entwurf der Energiestrategie 2030 der Landesregierung vor. In dem Papier sind die Schwerpunkte und Ziele in der Energiepolitik für die nächsten Jahre formuliert. Nun haben die Vereine, Verbände und politischen Akteure die Möglichkeit, ihre Stellungnahmen abzugeben.

Bereits am 8. Februar wird es im Landtag eine Anhörung zu diesem Thema geben. Die Ergebnisse dieser Debatten werden wir für unsere eigene Diskussion im Kreisverband berücksichtigen müssen. Daher bitte ich die energiepolitisch Interessierten darum, den Entwurf der Energiestrategie 2030, die vorliegenden Stellungnahmen und Äußerungen zu lesen und sich ein eigenes Bild zu machen. Wir brauchen für unsere interne Erörterung Ruhe, Gelassenheit und Sachverstand.

Ich habe nicht vor, auf einem Kreisparteitag darüber abstimmen zu lassen, ob wir 2040 oder 2050 aus der Verstromung der Braunkohle aussteigen wollen. Ich will keinen Sieg oder eine Niederlage der einen oder der anderen Sichtweise. Der Umstieg auf die Erneuerbaren Energien ist in vollem Gange, dies mit allen Vor- und Nachteilen. Ich kenne Niemanden in der Partei, der diesen Prozess aufhalten oder umkehren will. Wir wollen und werden unsere Region nur gemeinsam gestalten und erhalten können – nicht gegeneinander. *Foto: Dieter Brendahl*

# DIE LINKE. im Selbsthass

Wir müssen unsere Glaubwürdigkeit bewahren

Dazu würde es helfen, wenn wir zunächst selber glauben, was wir wissen

Die Berliner Wahl ist Geschichte. DIE LINKE. erreichte 11,7 Prozent der Zweitstimmen. Sämtliche Wahlziele wurden verfehlt. DIE LINKE. ist nicht mehr die stärkste politische Kraft im ehemaligen Ost-Berlin. Sie ist auch nicht stark genug, Teil einer neuen Landesregierung zu werden.

Die einen meinen, die Bundesspitze der LINKEN sei schuld. Andere sagen, die linke Regierungspolitik sei schlecht verkauft worden. Wieder andere argumentieren, Schlechtes könne man nicht gut verkaufen. Man hört auch, es sei nicht gelungen, in einem Wahlkampf der Gefühle die Wähler mit Inhalten zu versorgen. Stattdessen hat man selbst für Gefühle gesorgt: mit Grundsatzdebatten über den Kommunismus, das Existenzrecht Israels oder den Mauerbau.

Nach jeder Wahl, insbesondere wenn sie verloren ging, hagelt es Erklärungsmuster, Ratschläge und Weisheiten. Vieles, was vor dem Wahlkampf als richtig galt, ist plötzlich falsch. Nur wenige haben keine schnelle Analyse parat. Gute Theoretiker kommen wohl immer zur Unzeit. Nach der Wahl nützt die Kaffeesatzschau wenig. Vor der Wahl hätte man ihren Sachverstand gebraucht. Er hätte in den internen Beratungen der Partei viel Nutzen stiften können. Doch intern wurde er nicht eingebracht. Oft kam er wie ein Angriff von außen daher.

Der linke Streit über das richtige Linkssein verkämpft sich in der Öffentlichkeit. LINKE haben LINKE in der veröffentlichten Meinung beleidigt und beschimpft. Auch der engste Führungszirkel hat mitgemacht. Wir waren uns selbst der beste Feind in einer feindlichen Umgebung. Als müssten wir den Medien helfen, uns nicht zu mögen. Als wüssten wir nicht, dass jedes unbedachte Wort von ihnen zum Skandal aufgeschaukelt wird, jede kleine Gehässigkeit zu einer Krise der Partei stilisiert wird. Natürlich liebt die Presse unsere Selbstzerfleischung. Sie mag uns nicht. Ihre Anzeigenkunden mögen uns auch nicht. Warum? Wir wollen die Reichen ärmer machen. Wir wollen die Gesellschaft verändern.

Als ich im Kindesalter auf Kinderfesten und Ferienfreizeiten der PDS war, entwickelte ich das Bild von der Partei als

einer großen Familie. Von dieser Familie wurde ich politisiert. Mein eigenes politisches Denken wurde zum Engagement in der Partei. In Familien gibt es immer Auseinandersetzungen. Das ist auch gar nicht schlecht. Streit und Diskurs machen eine Familie lebhaft. Sie sind nötig, um gemeinsam den richtigen Weg zu finden. Doch es gibt einen Unterschied zwischen dem falschen und dem richtigen Streiten. In einer guten Familie werden Konflikte über ein Grundvertrauen, gegenseitiges Wohlwollen und mit Loyalität ausgetragen. Man will sich nicht zerstören. Man will gemeinsam leben. Gibt es Schwierigkeiten und Probleme, hält man zusammen und versucht, gemeinsam einen Ausweg zu finden.

DIE LINKE. hält nicht zusammen. Egal, welches kontroverse Thema die Bühne der Öffentlichkeit erreicht, gleichgültig, welche offenkundig schädigende Debatte in den Gang kommt: Immer wieder findet sich jemand mehr oder minder Prominentes, der auch noch eine Mahnung, einen Appell oder eine Weisheit ins Mikrofon flötet. Hinter jedem Statement lauert der Graben des Strömungskrieges.

Der dümmere Teil des menschlichen Gehirns ist das Kleinhirn. Es ist für die Reflexe zuständig. Reflexhaft spielen sich in der LINKEN Angriff und Gegenangriff ab. Ein Großhirn hat der Mensch, um die Folgen seines Tuns zu hinterfragen. Die Folgen der reflexhaften Selbstzerfleischung liegen in der rasanten Beschädigung der Identifikationskraft der politischen Familie DIE LINKE. Ihre Attraktivität für das Wahlvolk wird mindestens genauso schnell beschädigt. Der noch größere Schaden wäre ein Verlust des linken Gesellschaftsprojektes. Der größte Schaden läge im Ausfall einer sozialen Perspektive für Millionen von Menschen.

Es gibt eine zweite Partei, mit deren Image es gegenwärtig nicht weit her ist: die FDP. Die Partei der Unternehmer und Bestverdiener war nicht immer die Sekte der Privilegierten. Sie war einmal eine Bürgerrechtspartei. Sie stand einmal für die soziale Freiheit. Die FDP sagt, sie stände noch immer dafür. Doch jeder weiß, sie steht für die Hotelloobby. Sie macht sich stark für die Rechte von

Schönheitschirurgen. Die FDP hat ihren Ruf verloren. Aus anderen Gründen. Sie hat nicht zu viel gequatscht, sondern zu viel geklüngelt.

Man glaubt ihr nichts mehr. In Berlin verloren die Liberalen drei von vier Wählern. Auch in der FDP findet man das sicher ungerecht. Auch dort heißt es, die Inhalte würden nicht zu den Menschen durchdringen. Glaubwürdigkeit ist das höchste Gut in der Politik. Ihr Wert ist nicht zu überschätzen. Doch der Verlust der Glaubwürdigkeit einer FDP ist verkräftbar. Das Land kann den Verlust der FDP verkräften. Die CDU wird sich um die Schönheitschirurgen kümmern. Sie werden nicht allein gelassen.

Unser politischer Ausfall aber ließe Millionen von Menschen alleine.

Wir müssen unsere Glaubwürdigkeit bewahren. Dazu würde es helfen, wenn wir zunächst selber glauben, was wir wissen. Wir wissen, wir haben keine einfachen und keine einheitlichen Antworten auf die sozialen und ökonomischen Probleme der Zeit. Wir wissen, dass wir eine undogmatische, bunte Truppe sind, die verschiedene linke Kräfte bewusst bündeln muss, um Mehrheiten zu schaffen. Wir wissen, wir sollten eine Familie sein, die einen fruchtbaren und fairen Diskurs führt.

Denn nur so finden wir die passenden Antworten auf die Fragen der Zeit. Der einzige Feind unserer Glaubwürdigkeit sind wir selbst. Wir beschimpfen uns in der Öffentlichkeit für das, was wir sind: vielfältig. Das ist Selbsthass.

Wir benötigen eine Familientherapie. In Berlin können wir sie in der Opposition durchführen. Wir müssen das gegenseitige Wohlwollen wieder erlernen. Wir müssen lernen, uns das Richtige an den gegenteiligen Positionen abzugewinnen. Lernen, uns wieder zu vertrauen. Wir müssen dieses Vertrauen nutzen, um unsere Meinungsverschiedenheiten intern zu lösen, während wir nach außen geschlossen agieren. Dann werden wir uns nicht nur wohler fühlen, sondern auch Wahlen gewinnen. Gemeinsam.

*Matti Nedoma, 22, ist Student der Rechtswissenschaften und kandidierte im Bezirk Steglitz-Zehlendorf für das Berliner Abgeordnetenhaus.*

## Faschistische Aktivitäten in unserer Region

Faschistische Gedenkmärsche sind eine untragbare Zumutung für Cottbus.

Dem wollen wir uns als Demokraten widersetzen. Darum hatten wir zum 8. Januar Frau Susanne Kschenka vom Mobilien Beratungsteam Cottbus (MBT)<sup>1)</sup> zum Politfrühschoppen eingeladen, weil wir uns über diese Demokratiefeinde schlauer machen wollten. Ihr faktenreicher, mit Bildern unterlegter Vortrag war ein voller Erfolg.

Nach Stöss spricht man von Rechtsextremismus, wenn Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Antisemitismus sich mit Verharmlosung des Nationalsozialismus und dem Streben nach einer rechts-extremen Diktatur verbinden. Ich nenne noch dazu den immer vorhandenen militanten Antikommunismus und spreche von Faschismus. Er ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen. Sie führt im mindesten Fall zur Lohn-drückerei und im schlimmsten zum Völkermord. Die Ziele werden mit Wahlen, Mitgliederwerbung, Provokationen und Gewalt verfolgt.

Der verbreitete Rechtspopulismus sollte damit nicht in einen Topf geworfen werden, um ihn nicht den Nazis zuzutreiben, was deren Gefährlichkeit bedeutend

erhöhen würde (Burschel, Rosa-Luxemburg-Stiftung). Der Rechtspopulismus vertritt autoritäre, rassistische, antiisla-



mische Positionen als Volkes Stimme: „Das wird man ja wohl noch sagen dür-

fen.“ Nährboden des Rechtspopulismus ist die verbreitete allgemeine und wirtschaftliche Verunsicherung vieler Menschen.

In der Lausitz haben wir es mit Rechtsextremismus zu tun. Der Wortführer der hiesigen NPD, Ronny Zasowk, hat gleichzeitig Arbeitskontakte zur Landes- und Bundesebene dieser Partei. Daneben existieren unter variablen Namen Freie Kräfte und etliche lokale Wirkungsgruppen, von denen die Aktions-Ideen der Spreelichter im rechtsextremen Spektrum bundesweit Nachahmer finden. Dabei werden oft unangekündigte kurze Aufmärsche mit Fackeln und weißen Masken veranstaltet, letzters in Bautzen. Ihre dominierende Parole „Demokratie ist Volkstod“ weist sie als Verfassungsfeinde aus. Neuerdings sickern Faschisten in Fußball-Fangruppen, in Kampfsportvereine und andere, für sie wichtige Teile der Zivilgesellschaft ein. Alle Demokraten müssen sich im aktiven Kampf gegen diese Gefahren vereinen und jeder von uns sollte all die vielen Formen des Widerstandes akzeptieren.

*Dietrich Loeff*

1) Im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung – demos

### „Cottbus bekennt Farbe“

Dem für den **15. Februar 2012** entlang der Route Hauptbahnhof bis Sportlerdenkmal Hermann-Löns-Straße erwarteten erneuten Nazi-Aufmarsch anlässlich des Jahrestages der Bombardierung von Cottbus 1945 ist das Bündnis der demokratischen Kräfte zugekommen und hat in breitester Übereinkunft alle an dieser Route gelegenen markanten Plätze durch eigene Aktionen der Beteiligten belegt.

Damit wurde zweierlei erreicht:

1. Das Bündnis hat eine neue Qualität erlangt durch seine Breite und die Toleranz gegenüber jedweder Form des friedlichen, gewaltfreien Protestes gegen die Verbreitung der Naziideologie auf unseren Straßen.
2. Die Nazis wurden gehindert, ihre Wunschstrecke zu nutzen und in den Cottbusser Westen abgedrängt.

Am 15. Februar wird also ein ständig anwachsender Demonstrationzug der Antifaschisten entlang der angemeldeten Strecke vom Hauptbahnhof bis Sportlerdenkmal, Straße der Jugend, Sprem, Altmarkt bis zum Kundgebungsort vor der Kammerbühne (Redner und Kulturprogramm ab 17.00 Uhr) durch Cottbus bewegen und „unterwegs“ alle diejenigen mitnehmen, die an der Strecke Aktionen durchführen.

Die Cottbuser LINKEN haben den Brandenburger Platz erwählt. Bitte erscheint zahlreich ab 15.30 bis 16.00 Uhr, damit wir ein starkes Bild abgeben. Schließt Euch dann der Demo bis zur Kammerbühne an. Wem der Weg zu weit ist, der sollte aber unbedingt um 17.00 Uhr vor der Kammerbühne stehen.

Wer sich danach bei Cottbus Nazifrei ein „klinken“ möchte, achte auf aktuelle Infos vor Ort.

Auch im Internet erfährt man Aktuelles: Cottbus bekennt Farbe und Cottbus Nazifrei.



*Sonja Newiak*

**Wolfgang Neskovic, MdB:**

## Was wird mit dem NPD-Verbot?

Schon im Dezember des letzten Jahres trafen sich die Innenminister der einzelnen Bundesländer, um über ein NPD-Verbot zu beraten. Die obersten Polizisten der Bundesrepublik berieten und berieten. Am Ende gab es drei Ergebnisse:

- Erstens war man der Auffassung, die NPD sollte verboten werden.
- Zweitens wollten die meisten Innenminister die sogenannten Vertrauensleute (V-Leute) in der NPD belassen.
- Drittens war man sich einig, dass ein Verbotungsverfahren nicht leicht werden würde.

Da haben die Innenminister leider völlig Recht. Ein NPD-Verbotungsverfahren wird vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, solange es V-Männer in den Führungsgremien der braunen Partei gibt. An den V-Leuten in der Führung der NPD scheiterte 2003 das erste NPD-Verbotungsverfahren. Die Gründe dafür hatte das Bundesverfassungsgericht auch klar dargelegt. Sie haben sich bis heute nicht geändert.

V-Leute sind staatlich bezahlte Spitzel aus den Reihen der Nazis. Der Verfassungsschutz wirbt also Nazis als Informanten an und bringt sie damit in eine Doppelrolle. Einerseits fühlen sich die V-Leute der NPD verpflichtet und andererseits ihrer Kontaktperson vom Verfassungsschutz. Doppelrollen verwirren Menschen. Irgendwann kann ein V-Mann selbst nicht mehr genau sagen, ob er sich eher dem Aufklärungsinteresse des Verfassungsschutzes oder aber der Mitwirkung an der Hetze der Faschisten verpflichtet fühlt.

Umso weniger ist das Bundesverfassungsgericht in der Lage zu unterscheiden, ob der V-Mann bei staatlicher Bezahlung das Nazigedankengut in der NPD fördert oder über dieses nur objektiv berichtet.

Das erste NPD-Verbotungsverfahren wurde zur Farce, als sich herausstellte, dass der nordrhein-westfälische Landesverband der NPD von V-Leuten gesteuert wurde. Der Vorsitzende der Braunen, dessen Stellvertreter und obendrein der Chefredakteur der regionalen Parteizeitung - alle waren sie bezahlte Spitzel des Verfassungsschutzes. Als die Bundesverfassungsrichter den Verbotisantrag genauer prüften, stellten sie fest, dass darin

eine Vielzahl von verfassungswidrigen Zitatentwürfen aus den Mündern von V-Leuten in der ganzen Republik stammten.

Das Verbotungsverfahren wurde zur Realsatire. Einerseits hatte der Staat Menschen bezahlt, die für die Entstehung und Verbreitung von verfassungswidrigem Denken und Tun verantwortlich waren. Andererseits wollte der selbe Staat die NPD wegen eben diesem Denken und Tun verbieten lassen. Das Bundesverfassungsgericht rügte die fehlende „Staatsferne“ der Partei und nannte gleichzeitig die Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches NPD-Verbot. Die V-Leute müssten aus der Führung der NPD verschwinden, der Staat müsse sie also abziehen oder den Kontakt mit ihnen abbrechen.

So einfach ist das und so schwer. Denn die meisten Innenminister der Republik verstehen bis heute diese einfachen Voraussetzungen eines Verbotes nicht.

Die Innenminister meinen, das Verbotungsverfahren hätte nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie mehr Informationen über die NPD erhielten. Wer die V-Leute in der NPD-Führung belassen will, um für ein Verbot mehr über die NPD zu erfahren, der braucht sich um den möglichen Ausgang des Verbotsverfahrens nicht länger sorgen. Es wird bei diesem Vorgehen ganz sicher scheitern.

Die V-Leute sind die staatliche Bestandsgarantie der NPD. Das ist schon absurd. Die Innenminister machen sich Sorgen, für die sie selber sorgen.

Sorgen bereiten auch die sonstigen Verlautbarungen der Innenminister der Länder. Immer wieder erklären die Innenminister der CDU-geführten Länder, sie bräuchten die V-Leute in der NPD. Sie könnten nicht auf die Informationen verzichten, die sie von ihnen erhielten. Sie befürchten, auf dem rechten Auge blind zu werden.

Zum einen sind die V-Leute das rechte blinde Auge des Staates. Das beweist doch die Tatsache, dass die „Zwickauer Zelle“ die längste Zeit für Verfassungsschutz und Polizei unsichtbar war. Zum anderen geht es auch gar nicht um einen vollständigen Abzug aller V - Leute. Sie müssten nur dort verschwinden, wo sie die Linie der Partei bestimmen. Nur aus den Führungszirkeln der Partei müssten sie abgezogen werden.

Auch die Forderung des niedersächsischen Innenministers, die NPD von der Parteienfinanzierung auszunehmen, ist juristisch unsinnig und so lange verfassungswidrig, wie die NPD es nicht ist. Denn solange die Partei nicht verboten ist, hat sie einen verfassungsrechtlich geschützten Anspruch auf staatliche Mitfinanzierung.

Aktionistische Schaufensterpolitik ist schließlich die Forderung nach einer Absenkung des für ein Verbot erforderlichen Richterquorums. Es liegt heute aus gutem Grund bei zwei Dritteln der Richter. Das Verbot einer Partei darf in der Demokratie keine knappe Entscheidung sein. Eine einfache Mehrheit genügen zu lassen, wäre eine peinliche Lex-NPD. Die Wehrhaftigkeit der Demokratie sollte nicht mit Trickereien unter Beweis gestellt werden.

Die Zwickauer Mörderbande hat der Republik das rechte blinde Auge geöffnet. Doch nun tappt die Politik durch grelles Licht und sieht keine klaren Bilder. Jeder will das Verbot und fürchtet sich zugleich vor dessen Scheitern. Das „Wollen“ fängt im Kleinhirn an und die Furcht ist eine Äußerung des Herzens. Doch was wir für ein Verbot benötigen, ist kühler Verstand.

Danach müssen zuerst die V-Leute abgezogen werden. Anschließend ist die NPD von außen oder durch staatliche verdeckte Ermittler sorgfältig zu beobachten. Im letzten und dritten Schritt ist ein Verbotisantrag zu stellen. Er würde sich vom ersten Verbotisantrag signifikant unterscheiden. Denn er hätte Aussicht auf Erfolg.



Bildmontage HF (scharf-links.de)

Michael Tietz, Vorsitzender des Bürgervereins Schmellwitz, im „Herzblatt“-Gespräch:

## Das Ehrenamt ist für uns alle unentbehrlich



**Wie wird man Vorsitzender eines Bürgervereins? Was hat Sie wann bewogen, diese ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen?**

Durch meine Beteiligung bei den Planungen des Bürgerfestes und die Erstellung der Vereins-Internetseite wurde ich 2010 überraschend in den Vorstand gewählt. Immerhin war ich zu diesem Zeitpunkt erst ein Jahr im Verein tätig. Es war für mich aber selbstverständlich, den nächsten Schritt zu tun und den Verein im Vorstand zu unterstützen. 2011 wurde ich dann Vorsitzender des Bürgervereins.

**Woher kommt Ihr Engagement und wie verkraften Sie das Alles mit Ihrem Familienleben und Ihrer beruflichen Tätigkeit?**

Ich bin erst 1998 nach Schmellwitz gezogen und lebte hier auch bis 2008 recht unbeteiligt. Als dann viele Wohnblöcke leergezogen waren und auch meine ehemalige Wohnung in der Rudniki zum Rückbau bereit stand, habe ich die damalige Informationsveranstaltung der Stadt genutzt, um mich erstens zu informieren und zweitens den Kontakt mit dem Bürgerverein zu suchen. Ich dachte, dass ich als Mitglied des Bürgervereins vielleicht näher am Geschehen sei und so mehr Informationen bekommen würde. Dies war auch der Fall. Aber schnell stellte ich fest, dass Rückbau und Wegzug nicht die einzigen Themen im Stadtteil waren, welche Unterstützung benötigten. Ich beschloss, mich stärker in den Verein einzubringen und aktiv diesen mitzugestalten.

Dass dieses Engagement nicht spurlos an meiner Familie und an meinem Arbeitsleben vorbeigeht, ist klar. Gerade meine Familie muss sehr viel Verständnis aufbringen. Hier habe ich sehr großes Glück, eine Frau zu haben, die mich neben Ihrem Job unterstützt. Mein Job als Webentwickler/-designer wird von meiner ehrenamtlichen Arbeit weniger beeinflusst. Ich kann meine Arbeit weitestgehend frei einteilen, sodass Arbeit

und Ehrenamt nur selten miteinander kollidieren.

**Wie viele und wer sind in Ihrem Verein?**

Wir haben etwas über 20 Mitglieder. Mein persönliches Ziel ist es, in naher Zukunft die Zahl der Mitglieder auf 40 zu erhöhen. Das wollen wir über eine neu strukturierte Öffentlichkeitsarbeit erreichen. Mit Hilfe von Flyern, Veranstaltungen, Interviews in Zeitungen und unserer Webseite versuchen wir, neue Mitglieder für uns zu begeistern. Interessierte können zu jeder Bürgerversammlung kommen. Die Termine werden im Internet unter [www.bv-schmellwitz.de](http://www.bv-schmellwitz.de) und im Stadtteilfenster Schmellwitz veröffentlicht.

**Welches sind die Erfolge und gibt es auch Misserfolge? Worauf sind Sie besonders stolz?**

Ein großer Erfolg im letzten Jahr war die Informationsveranstaltung im Oktober mit etwa 150 Teilnehmern. Wir haben es geschafft, den Oberbürgermeister, die Vertreter der Stadt und der Wohnungsgesellschaften an einen Tisch zu bekommen und die Schmellwitzer darüber zu informieren, wie die Zukunft von Schmellwitz aussieht. Besonders die einheitliche Aussage, dass es derzeit keine Pläne für einen neuen Rückbau gibt, ist ein großer Erfolg. Dies bringt wieder die nötige Ruhe und auch ein Stück weit Hoffnung in den Stadtteil.

Vielleicht kein Misserfolg aber etwas unbefriedigend empfand ich die Diskussion um die Friedhofsschließung in Alt-Schmellwitz. Diese ging am Bürgerverein vorbei und das zeigt, dass unsere Akzeptanz in Alt-Schmellwitz noch nicht groß genug ist. Wir werden uns dem Thema Friedhofsschließung aber in diesem Jahr annehmen und an der nächsten Versammlung der Initiative im Februar teilnehmen.

**Welche Hauptaufgaben und Vorhaben stehen vor Ihrem Bürgerverein? Wie soll und muss es weitergehen?**

Zu unseren Vorhaben in diesem Jahr zählen unter anderem der Stadtteilrundgang des Oberbürgermeisters am 25. Mai, in dem wir Schmellwitz präsentie-

ren und auf Probleme des Stadtteils aufmerksam machen wollen, das Bürgerfest am 25. und 26. August und eine Informationsveranstaltung für Alt-Schmellwitz, dessen Thema und Ort noch offen ist.

Wir werden zudem versuchen, zusammen mit dem Stadtteilmanagement und der GWC, neue Ideen für die Ladenstraße an der Zuschka zu suchen, die den Standort wieder für Gewerbe attraktiver machen. Unsere Vorhaben können wir aber nur schwer verwirklichen, wenn wir die Aufgaben nicht auf mehrere Schultern verteilen können. Deshalb bleibt die Mitgliedergewinnung eine Hauptaufgabe unseres Vereins.

**Was sind die größten Probleme, die bestehen? Wer kann, sollte und muss dabei helfen?**

Das Problem ist leider das Geld. Ob wir weiterhin ein Bürgerfest veranstalten können, hängt von den jeweiligen Finanzmitteln ab. Die Sicherung der Ortsteilbudgets ist da ein wichtiger Bestandteil. Auch wäre es schön, wenn wir noch viele Sponsoren für unsere Idee begeistern könnten.

**Tauschen Sie sich auch mit anderen Bürgervereinen aus? Falls Ja, worum geht es da?**

Über die AG-Stadtteile halten wir untereinander Kontakt zu den Bürgervereinsvorsitzenden und sprechen Organisatorisches ab. Dies sollte aber noch verbessert werden. Eine gemeinsame Präsentation bei Veranstaltungen, wie dem Tag der Vereine, ist durchaus denkbar.

**Zum Abschluss: Was sind Ihre ganz persönlichen Wünsche für die Zukunft auf allen Gebieten?**

Ich habe eine tolle Familie und einen Beruf, der mir Spaß macht. Dies soll so bleiben, und ich möchte meine sportlichen Aktivitäten in diesem Jahr etwas ausbauen.

Ansonsten wünsche ich mir dass es immer Menschen gibt, die sich ehrenamtlich engagieren, egal in welchen Bereichen auch immer. Das Ehrenamt ist für unsere Gesellschaft unentbehrlich.

Foto Hering, Ir-online.de,

Aus meiner Sicht

# Bürgerliche Moral à la Wulff und Konsorten

Wozu brauchen wir überhaupt einen Bundespräsidenten?

Was ist das für ein Schmierentheater? Kein Tag vergeht, an dem wir nicht in breiter Medienfront mit der Causa Wulff belästigt werden. Ein endloses Palaver über Moral und Ethik, über ein beschädigtes Präsidentenamt und den Filz von Politik und Wirtschaft. Auf der Bühne auch ein bizarrer Zweikampf. Die Hauptdarsteller: Präsident Wulff und der Medienkonzern Springer. Und Drumherum ein buntes Beziehungsgeflecht, verkörpert durch Wulffs engste Vertraute – ein Sumpf von Bestechlichkeit und Korruption. Was für ein Stich ins Wespennest dieses Gesellschafts-systems, was für ein Blick hinter die Kulissen herrschender Moral.

Eigentlich sollte es ein Lehrstück in Sachen bürgerlicher Demokratie und Pressefreiheit werden. Doch die Inszenierung gerät immer mehr zur selbstentlarvenden Lachnummer und nimmt mitunter groteske Züge an.

Reduziert man die „Verfehlungen“ Wulffs auf ihren rationellen Kern – die unterstellte Vorteilsnahme im Amt – so sind das Delikte, die in dieser Gesellschaft doch Gang und gäbe sind. Die moralische Entrüstung, so gerechtfertigt sie ist, wirkt doch mehr oder weniger gespielt. Vor allem auch angesichts der Unmoral, die sich in den Hartz-IV-Gesetzen, in Kinder- und Altersarmut, in riesiger Staatsverschuldung und Kriegseinsätzen hierzulande manifestiert. Dagegen sind die Delikte von Wulff doch wirklich Pillepalle.

Und wirkt es nicht geradezu grotesk, dass ausgerechnet die „Bildzeitung“ sich hier zum moralischen Saubermann aufspielt? Die bis heute einen überführten Blender und Betrüger Guttenberg hofiert und wiederholt wirtschaftliche Interessen über Persönlichkeitsrechte gestellt hat. Nicht besser der Chor der anderen Boulevardmedien und die durch die Kampagne manipulierte „öffentliche Meinung“, die ständig am Kochen gehalten wird.

Einen Bundespräsidenten vorzuführen, was für ein auflagenträchtiges Medienspektakel. Und der Zweck heiligt dabei die Mittel. Da wird dann sensationslüstern in „alle Richtungen“ recherchiert, bis tief hinein in die Intimsphäre. Abstoßend! Das hat mit Pressefreiheit wenig am Hut.

Und was das „beschädigte“ Präsidentenamt betrifft, da stellt sich eine ganz andere Frage, die übrigens bei allen Debatten bisher tunlichst vermieden beziehungsweise einfach abgeschmettert wurde: Wozu brauchen wir überhaupt einen Bundespräsidenten?

So einen wie weiland Heinrich Lübke, die größte Trottelgestalt der BRD, oder den NSDAP- und SA-Mann Karl Carstens? Walter Scheel ist mir lediglich als Jodelpräsident „Hoch auf dem gelben Wagen“ in Erinnerung, Rau als einer aufs Altenteil abgeschobener Polit-Dino. Und natürlich Roman Herzogs alberner Ruf nach „einem Ruck“, der durch Deutschland gehen sollte.

Bleibt noch Köhlers „wahrer Versprecher“, der zu seiner Selbstkasteiung führte, und jetzt Wulffs blasse und moralisch „beschädigte“ Präsidentschaft.

Einzig Richard von Weizsäcker möchte ich dabei ausnehmen, der mutig gegen alle Widerstände den Sieg über den Faschismus nicht – wie hier üblich – als „Niederlage“, sondern als „Befreiungstat“ bezeichnete.

Bleibt alles in allem zu konstatieren: Außer Spesen nichts gewesen! Was hat das Amt als solches heute überhaupt noch für eine Bedeutung?

Sämtlicher Floskeln entkleidet reduziert sich die Tätigkeit des Bundespräsidenten doch letztendlich aufs reine Repräsentieren als Begrüßungsaugust und Fensterredner sowie formaler Signierer von Gesetzen. Dem im Grundgesetz fixierten Auftrag als moralische Instanz, die gesellschaftliche Prozesse beeinflusst, also etwas bewegt, verändert,

(Fortsetzung auf Seite 10)



Karikatur: Hänchen

## 22. Brandenburger Frauenwoche in diesem Jahr in Cottbus

Unter dem landesweiten Motto „FrauenPerspektiven in Brandenburg“ findet vom 2. bis 11. März in Cottbus die „22. Brandenburgische Frauenwoche“ statt.

Die landesweite Auftaktveranstaltung zur Frauenwoche wird am 1. März in Brandenburg an der Havel durch den Frauenpolitischen Rat durchgeführt.

Die Cottbuser Eröffnungsveranstaltung ist für den 2. März geplant. Wie in jedem Jahr beteiligt sich auch der Ortsverband mit einer Veranstaltung an der Frauenwoche.

**Am Samstag, dem 10. März  
um 11.00 Uhr,**

laden wir zu einem Seminar in die „Lila Villa“, ins Frauenzentrum, Thiemstrasse 55 ein. Titel des Seminars ist: „Frauen planen die Zukunft der Familie – Von der Versorgungsehe zur Partnerschaft – und mit der Wende zurück in die Abhängigkeit.“ Mit diesen Themen wollen wir uns beschäftigen und Perspektiven entwickeln. Wie soll die Familie der Zukunft aussehen? Soll es ein Erziehungsgeld geben? Lohn für Hausarbeit oder Grundversicherung für Alle?

Durch ein Video wird gezeigt, wie unterschiedlich das Leben von Frauen in der BRD und in der DDR war.

Mit der Wende haben viele Frauen ihren Arbeitsplatz verloren, Armut im Alter und Abhängigkeit vom Sozialamt sind vorgegeben. Es bestehen Ungerechtigkeiten im Sozial- und Steuerrecht, die wir ansprechen werden.

Gemeinsam mit den Teilnehmerinnen sollen Alternativen entwickelt werden für eine zeitgemäße, zukunftsfähige Familienpolitik, die die eigenständige Existenzsicherung von Frauen vorsieht, Familien stärkt und Kinder gesund aufwachsen lässt.

Die Stellvertretende Kreisvorsitzende Katrin Leppich und Herta Venter werden dieses Seminar durchführen.

Die Teilnahme ist kostenfrei.

*Herta Venter*

**Anmeldungen bitte ans Frauenzentrum, Telefon: 47 39 55**

## Bürgerliche Moral à la Wulff und Konsorten

(Fortsetzung von Seite 9)

mobilisiert, erfüllt dieses Amt schon seit langem nicht mehr – wenn überhaupt.

Es ist zu einer Marionette politischer und Machtinteressen verkommen, wie das krampfhaftes Festhalten von Kanzlerin Merkel an „ihrem Mann“ demonstriert und unter dem Druck dieser Interessen zu einer Theaterrolle mit austauschbaren Darstellern mutiert.

Und Wulff selbst? Der CDU-Emporkömmling von Merkels Gnaden und Schröder-Nachfolger im Ministerpräsidentenamt in Niedersachsen wuchs zwangsläufig hinein in den hinterlassenen Filz von Politik und Wirtschaft, der ihm im Präsidentenamt nun zum Verhängnis wurde. Hinzu kommen seine charakterlichen Schwächen für alles Reiche und Schöne, seine peinlichen Trickereien bei der Offenlegung der Billigkredite und Gratisreisen sowie seine Ausraster gegen „Bild“.

Das alles stellt nicht nur die Person infrage, sondern zugleich das Amt, das eigentlich allen Deutschen dienen soll. Doch nicht von einem Repräsentanten, der sich ausschließlich in „höheren Kreisen“ bewegt. Sage mir, welche Freunde Du hast, und ich sage Dir, wer Du bist.

Wie kann so einer die Sorgen und Nöte der einfachen Leute, der sozial Benachteiligten nachempfinden und verstehen? Bei glamourösen Festempfangen als Gar-

dinenprediger ganz bestimmt nicht. Und über einen eventuellen Besuch einer Tafel für Bedürftige von ihm habe ich jedenfalls noch nichts gehört und gelesen.

Da wäre es wohl am klügsten und vor allem auch am effektivsten, das Amt einfach ganz abzuschaffen. Ich persönlich liebäugle mit dem Vorschlag des „ND“-Lesers Lothar Hentschel aus Hettstedt, das Schloss Bellevue „dem Volke als Ausgleich für den abgerissenen Palast der Republik“ zu übergeben – sozusagen als Entschädigung und Begegnungsstätte für Alt und Jung. Und die eingesparten Steuermillionen für das ganze Drumherum von Glanz und Gloria für dieses Präsidialamt könnten viel besser für soziale Zwecke verwendet werden.

Fromme Wünsche – ich weiß. Und selbst wenn die Kampagne gegen Wulff zu seinem Rücktritt führen sollte, was gäbe es für eine Alternative? Gauck – schlimmer geht's nimmer. Drum halte ich es mit einer von mir selbst aktualisierten Anfrage an den Sender Jerewan: Was ist flüssiger als flüssig? Die Antwort: Das Amt des Bundespräsidenten. Es ist überflüssig.

*Joachim Telemann*

.....

### Nebenbei bemerkt

Der Wunsch, groß zu erscheinen, verhindert oft, es zu werden. *Tejo*

## Dank für die Spende

Heute kann ich berichten, dass wir Ihre Spende von 180 Euro im vergangenen Jahr in unserem Wohngebiet gut verwendet haben.

Wir haben unseren Kontakt mit dem Aktivspielplatz (überwiegend auch Kinder aus sozial schwachen Familien) genutzt, und unser „Weihnachtsmann“ hat dort einige Weihnachtsüberraschungen für die Kinder vorbeigebracht. Es gab die lang ersehnten Sportgeräte (Federball, Tischtennisbälle, Jonglierteller, Diabolo-Spiel usw.) und natürlich auch Süßigkeiten, und wir konnten große Freude bereiten.

Den anderen Teil der Spende haben wir für die Krabbelgruppe des Eltern-Kind-Zentrums genutzt. Dort gab es einen neuen Spielteppich. So konnten wir gezielt auch dort helfen.

Wir sind sehr glücklich, dass dies durch Ihre Spende möglich wurde und bedanken uns hiermit nochmals ganz herzlich dafür!

*Kerstin Kriebel,  
Schatzmeister*

*Bürgerverein e.V. Schmellwitz*

## Die kleine DDR und Friedrich der Große

Menschen, die Spuren im Sand der Geschichte hinterlassen und die kräftig am Rad der Geschichte gedreht haben, müssen sich von der Nachwelt oft gefallen lassen, dass sie weiter Gegenstand von Debatten sind. Häufig bleiben sie als Streitobjekt unterschiedlicher, nicht immer redlicher Interessen erhalten. Wirklich problematisch dürften dabei Versuche der Instrumentalisierung und des Missbrauchs durch die jeweiligen „Sieger der Geschichte“ sein. Dieses Schicksal hat auch den berühmtesten Preußen-König, Friedrich II., ereilt. Er, der sich stets als „erster Diener des Staates“ verstand, geriet somit auf Geheiß und Betreiben nachgeborener Majestäten, brauner Herrenmenschen, roter Parteibürokraten und konservativer Restauratoren zu ihrem Untertan.

Auch die kleine kurzlebige DDR beteiligte sich an diesem Spiel von Deutungen und Interpretationen. Was hat sie Friedrich II. und Preußen nicht alles vorgeworfen und später teils wieder zurückgenommen? Eingangs sei auf zwei exemplarische Wegmarken jenes wechselhaften Umgangs mit diesem Thema verwiesen. Diese Verweise gelten dem „Der Irrweg einer Nation“ (Aufbau-Verlag, 1946) aus der Feder des späteren DDR-Kulturministers Alexander Abusch und der von Ingrid Mittenzwei vorgelegten Biographie „Friedrich der II. von Preußen“ (Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1979).

Dazwischen lag einiges. Vor allem waren dies Vereinfachungen, Stigmatisierungen und Pauschalurteile. Bei doktrinärer Raum-Gestaltung in parteihöriger Umgebung ist halt kein Platz für Differenzierungen und faktenorientierten Tiefgang.

Wohl zu einfach machte es sich Abusch mit seinem schon im mexikanischen Exil verfassten Buch „Der Irrweg einer Nation“. Darin fällt er ein vernichtendes Urteil über die preußisch-deutsche Geschichte. Dabei bewegte er sich auf der damals gängigen Linie von Luther über Friedrich II. und Bismarck zu Hitler. In dem Preußenkönig machte der Autor den Begründer der preußisch-deutschen Tradition der militärischen Aggression aus. Doch Preußen, speziell das von Friedrich den Großen, war doch mehr. Es war doch nicht alles schlecht! Da waren ja auch Kant, Hegel...Und wer hat denn da

seinen Marx nicht gelesen? Es stimmt zwar, dass Marx viel Spott, Häme und beißende Kritik für die „Scheißfürsten“ und „Lauspreußen“ übrig hatte, aber in Friedrich II. sah er den „einzigen großen Mann, den die Hohenzollern seit ihrem Avancement zum Königsorden geliefert“ hätten. Immerhin!

Doch auch im Auflösungsbeschluss von Preußen, den der Alliierten Kontrollrat im Februar 1947 fasste, wurde dieser Staat nur als der „Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland“ charakterisiert. Unter dem Eindruck der damals jüngsten Vergangenheit und ihrer Folgen sicher noch verständlich. Ein knappes Jahr nach Gründung der DDR ging die antipreußische Bilderstürmerei so richtig los. Walter (der Baumeister) Ulbricht verkündete im Juli 1950 auf dem III. SED-Parteitag den Abriss des Berliner Stadtschlosses, das preußischen Königen und deutschen Kaisern als Residenz gedient hatte.

Dreizehn Tonnen Dynamit vollendeten das Werk der Zerstörung, was der Krieg sowie Sowjetsoldaten bei Dreharbeiten für den Film „Die Schlacht um Berlin“ (1949) begonnen hatten, wo mehrere Skulpturen und hunderte Glasfenster ihr Opfer wurden. 1950 wurde auch das Unter den Linden stehende Reiterstandbild des Königs entfernt.

Der Berliner SED-Fürst Paul Verner (1959 bis 1971) wollte nachtretend Friedrichs Reiterstandbild ganz eingeschmolzen sehen. Aber daraus wurde nix: Denn der damals amtierende DDR-Kulturminister Hans Bentzien (1961 bis 1966) schaffte es in einer Nacht- und Nebelaktion, das Denkmal mittels eines gefälschten Schrottscheines in ein anderes Versteck zu verfrachten. Dort harrte er dann aus, der Alte Fritz, bis sich bei anderen neuen Herren ein Sinneswandel einstellte. Drei-ßig Jahre später war es dann soweit: Ab 1980 durfte er wieder Unter den Linden ausreiten.

Auch in den Lehrplänen und Schulbüchern der DDR wurde sich mit Preußen und Friedrich II. auseinandergesetzt. Greifen wir uns doch mal ein paar Stilblüten heraus, die auch etwas über die Stilbrüche, die die DDR diesbezüglich mitmachte, aussagen. Da hieß es in einem Geschichtsbuch der Klasse 6, 1952: „Friedrich II. setzte ohne Rücksicht auf die Not der Bevölkerung Geld, Material

und Arbeitskräfte in Sanssouci ein. So entstand dort eine besonders schöne Anlage, die heute endlich dem Volk gehört.“ Im Lehrbuch für Deutsche Geschichte von 1962 war zu lernen vorgegeben: „seine Regierungsweise sei Ausdruck des Strebens der niedergehenden Feudalklasse, ihre Macht mit den schärfsten Mitteln zu behaupten“. Mag sein - aber das Friedrich II. auch für progressive Reformen steht und auch ein Förderer von Kunst und Wissenschaft war, hätte man ruhig als mildernde Umstände mit erwähnen können. Im Lehrplan Geschichte wurde 1975 Folgendes verlangt: „Ein Schwerpunkt der Erziehung ist darin zu sehen, dass die Schüler eine parteiiliche Einstellung gegen den preußischen Militarismus gewinnen (...).“ Im Widerspruch dazu wollte die DDR gern lernen, was Preußen militärisch so erfolgreich machte.

Antworten darauf erhoffte man sich unter anderem von Dissertationen. In einer DDR-Fernsehserie setzte man gar preußischen Militärärzten ein filmisches Denkmal. Ebenso erging es dem preußischen Militärreformer Gerhard von Scharnhorst.

Dann, 1979, erschien Mittenzwei Friedrich-Biographie auf dem deutschen demokratischen Buchmarkt. Fünf Auflagen, sollte die auch im anderen Deutschland vielbeachtete Biographie bis 1990 erleben. Entstand doch vor dem Leser dieses Buches das Bild von einem nicht nur oft Kriegführenden, den Grenzen seiner Klasse und seiner Zeit verhafteten Herrschers, sondern auch das eines intelligenten, vielseitig musisch begabten Königs.

Fernab manch früherer Publikation, die eher nur Anklageschriften waren. Und man staune: 1983 entdeckte das politbürokratische Urgestein, Kurt Hager, für den Sozialismus in den Tapeten der DDR auch noch die preußischen Tugenden. Er ging soweit, zu fordern, sie wissenschaftlich zu ergründen. Aber das half auch nicht mehr.

Was bleibt als Konsequenz und Lehre? Geschichte ist nur in ihrer Gänze zu verarbeiten. Liegt sie auf dem Seziertisch, dann darf man sich nicht allein bei den Filetstücken aufhalten.

Wer das tut, riskiert eine verderbliche Zukunft!

*René Lindenau*

# „Wir verändern“ – Das neue Leitbild 2020 gemeinsam entwickeln!



In der vergangenen Wahlperiode des Potsdamer Landtags hatte sich DIE LINKE Brandenburg nach vielen Monaten Debatte mit fachpolitischen Veranstaltungen und Diskussionsrunden in allen Regionen auf einem Parteitag ein Leitbild gegeben. „Unsre Heimat - für ein Brandenburg der Regionen“ beschrieb eine klare Zukunftsstrategie mit demokratisch-sozialistischer Handschrift.

Diese intensive inhaltliche Arbeit des Landesverbandes hat sich bei der Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes für die Landtags- (und Bundestags-)Wahl 2009 und die Koalitionsverhandlungen mit der SPD danach als Glücksfall erweisen.

Unsere Positionen zu vielen Entwicklungsfragen des Landes waren breit diskutiert und die Schlüsselprojekte haben sich nahezu zwangsläufig ergeben, die wir in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt haben. Wer schon mal an der Erarbeitung von Wahlprogrammen mitgearbeitet hat, weiß, wie viel schwieriger das ist, wenn es einen solchen inhaltlichen Klärungsprozess vorher nicht gibt.

Auch für die Verhandlungsgruppe in den Koalitionsverhandlungen waren die verbindlich beschlossenen Leitbild-Positionen des Landesverbandes und die Kenntnis der Diskussionen sehr hilfreich, aus denen diese abgeleitet wurden. Auch die SPD wusste ziemlich genau, worauf sie sich mit uns als Koalitionspartnerin einlassen müsste.

Schaut man im Abstand von zwei Jahren auf das rot-rote Regierungshandeln, prägen gerade diese Schlüsselprojekte rot-rote Erfolge in Brandenburg. Fast alle sind bereits zur Halbzeit der Wahlperiode erfolgreich abgeschlossen, auf gutem Wege dorthin oder sogar übererfüllt. Nicht in allen Bereichen sind wir so erfolgreich. Es gibt also sehr gute Gründe, einen so erfolgreichen Weg weiter zu gehen und das Leitbild fortzuschreiben. Erst recht unter den besonderen Bedingungen der LINKEN-Regierungsbeteiligung während einer weltweiten Finanz- und

Wirtschaftskrise, die immer deutlicher zu einer Gesellschaftskrise wird.

Mit weniger Geld sozial gerechte Politik gestalten - kleiner ist die politische Aufgabe nicht, vor der unser Landesverband steht.

Die Fortschreibung des Leitbildes muss deshalb nicht nur LINKE fachpolitische Antworten auf sehr drängende Entwicklungsfragen geben. Sie muss gerade jetzt den Anspruch erfüllen, diese Antworten mit unseren Genossinnen und Genossen sowie allen Interessierten um uns herum gemeinsam zu entwickeln. Nur so ist eine breite Akzeptanz zu erreichen. Dieser partizipative Prozess ist für die Zukunft des Landesverbandes existenziell, denn er bietet gleichzeitig die Möglichkeit, neue Unterstützerinnen und Unterstützer zu gewinnen. Oder sogar die neuen Mitglieder, die wir dringend brauchen.

Diesem Konzept eines ebenso intensiven wie breiten politischen Dialogs folgte schon die Auftaktkonferenz Anfang Dezember 2011.

Nach einer politischen Bilanz des bisherigen Leitbildes durch den Landesvorsitzenden, und einer Diskussionsrunde mit ihm, allen LINKEN-Minister/innen und der Fraktionsvorsitzenden, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag an sechs Tischen sehr engagiert Themen diskutiert, die eine inhaltliche Weiterentwicklung erfordern und

deshalb im Zentrum der neuen Leitbilddebatte stehen werden:

1. Lebensqualität in zukunftsfähigen Städten und Dörfern,
2. Nachhaltige Bildungslandschaft fördern,
3. Wirtschaft und Arbeit,
4. Brandenburg als Vorreiter in der Energie- und Klimapolitik,
5. Zukunftsfähige Finanzpolitik und
6. Methoden für eine intensive politischen Debatte.

Bis **Juni 2012** sollen thematische Workshops zu den Schwerpunktthemen stattfinden. Bis **Oktober** sollen auf Aktivenkonferenzen deren Zwischenergebnisse breit diskutiert werden. Im **September** folgt ein europapolitischer Landesparteitag.

Im **Dezember** wird auf einer Konferenz der Textentwurf der Fortschreibung des Leitbildes 2020 vorgestellt. Das ist gleichzeitig der Auftakt für den intensivierte Dialog mit unseren gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und -partnern.

**Ende 2013 soll die Leitbilddebatte beendet und gleichzeitig die Wahlkampfprogrammdebatte für die Landtagswahlen 2014 eröffnet werden.**

Ich freue mich auf die interessanten Diskussionen zur Zukunft unseres Landes und hoffe auf eine rege Beteiligung!

*Kirsten Tackmann (Februarausgabe der „Märkischen Linken“)*

## Internationaler Frauentag 2012

Ortsverband Cottbus lädt Frauen in den Deutschen Bundestag ein

Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic lädt auch 2012 zum Besuch des Deutschen Bundestages nach Berlin ein.

Der Ortsverband Cottbus hat beschlossen, zu den Märzfahrten anlässlich des Internationalen Frauentages interessierte Frauen einzuladen.

**Mittwoch, 7. März 2012**, für 30 Personen  
Abfahrt 7.04 Uhr, Cottbus Hbf  
Rückfahrt möglich etwa 18.03 Uhr, Berlin Hbf

**Mittwoch, 21. März 2012**, für 30 Personen  
Abfahrt 6.04 Uhr, Cottbus Hbf  
Rückfahrt möglich etwa 18.03 Uhr, Berlin Hbf

Bitte meldet Euch in der Geschäftsstelle unter Telefon Cottbus: 2 24 40

## Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 14. Januar

# Ihre Ideen sind lebendiger denn je

**Bei der Ehrung von Karl und Rosa in der Cottbuser Puschkinpromenade sprach Jürgen Maresch:**

Über Neunzig Jahre nach ihrer Ermordung erinnern wir an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Gemeinsam mit den Tausenden, die in Berlin zur Gedenkstätte gezogen sind, und mit unzähligen Menschen in der ganzen Welt gedenken wir dieser großartigen Frau und diesem Mann: Den Revolutionären, den Liebenden, den Friedenskämpfern, den Kunstfreunden, den Theoretikern, jener Frau und jenem Mann, die mit Scharfsicht an der Entwicklung von Strategie und Taktik der proletarischen Bewegung arbeiteten, die Anpassung und Revisionismus in der SPD einer beißenden Kritik unterzogen, rücksichtslos gegen sich selbst. Die selbst für den Frieden kämpften und selbst vergessen mit ihren Tieren und Pflanzen reden konnten.

Es ist die Ganzheit und Vielfalt der Persönlichkeit, mit ihren vermeintlichen und tatsächlichen Widersprüchen, die mich an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht so fasziniert. Es ist diese menschliche Größe, die den Mord vor über neunzig Jahren in besonderer Weise zu einem feigen und widerwärtigen Verbrechen macht. Nicht ausgeübt von einer verrohten Soldateska, sondern von Auftragskillern in Uniform.

Die Namen der Mörder und der Auftragegeber sind bekannt. „Schlagt ihre Führer tot“, hieß es in den Medien der Reaktion, „Viel Tote in einer Reih“, Karl und Rosa sind nicht dabei“, wurde im sozialdemokratischen „Vorwärts“ gedichtet.

Reaktionäre aller Schattierungen bliesen zur Treibjagd auf die Arbeiterführer. Die Führung der SPD war verbal, und mit Noske, dem nach eigenen Worten „Bluthund“ der Konterrevolution, auch praktisch mit dabei.

Als Politiker einer Partei, die immer wieder und in vielerlei Hinsicht auch zu recht daran erinnert wird, sich kritisch mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen, sei mir dazu eine Bemerkung erlaubt. Es ist richtig, eine politische Bewegung muss ihr historisches Erbe im Ganzen antreten und das sind nicht nur

die glanzvollen Seiten der Geschichte. Aber das gilt nicht nur für DIE LINKE..

Über neun Jahrzehnte nach dem Mord an Karl und Rosa sollte auch die SPD klarere Worte für diesen Teil ihrer Geschichte finden.

Die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stehen nicht alleine, bekannte Namen wie der Kurt Eisners stehen in einer langen Reihe mit anderen Opfern, deren Namen verloren gingen.

Die Verbrechen der Konterrevolution an der Wiege der ersten deutschen Demokratie sind nicht nur moralisch verwerflich, sie hatten weitreichende politische Folgen. „Sozialismus oder Barbarei“, das war der Bezugspunkt von Rosa Luxemburg in ihrem Aufsatz über die Krise der Sozialdemokratie. „Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur – sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte.“, schrieb sie 1915.

Nur 14 Jahre nach dem Tod der beiden, im Januar 1933, wurden diese Worte zur furchtbaren Realität. Der Sieg des deutschen Faschismus hat viele Ursachen. Eine davon ist, dass die Arbeiterbewegung, die im Jahr 1919 aufgerissenen Gräben nicht schließen konnte.

An Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu erinnern, ist weit mehr als sich geschichtliche Ereignisse in Erinnerung zu rufen. Es geht um Jetzt und Heute. Ihr Vermächtnis ist der Kampf für eine friedliche und gerechte Welt. „Wir sind wieder bei Marx“, sagten sie auf dem Gründungsparteitag der KPD.

Es geht also darum, die Welt zu verändern und sie nicht nur zu interpretieren. Dafür können wir bei ihr vieles lernen. Aus dieser Fülle nur einige, wenige, für mich wichtige Aspekte.

Da ist ihr bedingungsloser Kampf gegen den Krieg. Wir erleben, wie Krieg wieder ungehemmt zum Mittel für die Durchsetzung globaler politischer und wirtschaftlicher Interessen wird. Das Recht des Stärkeren ersetzt das Völkerrecht. Deutsche Waffen und deutsche

Soldaten sind weltweit mitten im Krieg dabei. Wer für Frieden eintritt, muss Nein sagen zu weltweiten Einsätzen der Bundeswehr. Dieses bedingungslose Nein zum Krieg, das ist vor allem für die deutsche LINKE ein Vermächtnis von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Da ist zum Zweiten die Demokratin Rosa Luxemburg. Für sie war die Entfaltung der realen Demokratie Weg und Ziel der Revolution. Sie wollte den Unterdrückungsapparat des bürgerlichen Staates nicht durch einen Neuen ersetzen, sondern sah in der Gestaltungskraft der Volksmassen die Triebfeder der Revolution. Jede Einschränkung der Demokratie konnte nur eine zeitweilige, erzwungene, dem Wesen des Sozialismus fremde Erscheinung sein. Wir wissen, dass sich diese Auffassung in der internationalen kommunistischen Bewegung in der Praxis nicht durchgesetzt hat, dass der Mangel an Demokratie eine der Ursachen für die Scheitern des sozialistischen Experiments in Europa war. Das Vertrauen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in die Macht und Kraft der Massen hat nicht nur für eine, aus heutiger Sicht ferne demokratische sozialistische Gesellschaft Bedeutung. Nicht die Partei, nicht die Führung und auch nicht die ParlamentarierInnen handeln für das Volk, sondern helfen, damit die Menschen selbst ihre Geschicke in die Hand nehmen.

Zum Dritten beeindruckt mich ihr Denken in Widersprüchen. Das Erkennen der Realitäten als Bedingung für das eigene Handeln. Die Dinge zu nehmen wie sie sind und nicht wie sie sein sollten. Dabei geht es nicht nur um die großen Widersprüche, wie dem zwischen Kapital und Arbeit, sondern um die vielen Problemstellungen, die keine einfachen Antworten zulassen. Wie einfach gehen uns Sätze über die Lippen wie: Wir müssen ökonomische und ökologische Interessen in Übereinstimmung bringen. Erklär es den Hunderttausenden, die ihr Brot und ein wenig mehr, in der Automobilindustrie verdienen. Oder, natürlich stehen die Beschäftigten und die Langzeitarbeitslosen auf einer Seite der Barrikade. Und doch

**(Fortsetzung auf Seite 14)**

## Ihre Ideen sind lebendiger denn je

(Fortsetzung von Seite 13)

sind ihre konkreten Interessen nicht immer die Gleichen.

Die nach Tarif bezahlten ArbeiterInnen in einem Großbetrieb freuen sich über jedes Prozent Steuersenkung, die Arbeitslosen gehen dabei leer aus. Für sie ist jeder Euro, und sei es eine Einmalzahlung, mehr wert. Im Gegensatz zu Kapital und Arbeit sind das zweifellos lösbare Widersprüche. Doch nur, wenn wir sie erkennen, können wir uns auf die Suche nach Lösungen machen.

Zu diesen Themenkomplex gehörte für Rosa Luxemburg auch das Verhältnis von Reform und Revolution. Sie fasste ihre Position in den Begriff der „Revolutionären Realpolitik“ zusammen. Für sie bestand „zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, in dem ... der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist“. Es ist müßig, über die Begrifflichkeiten zu streiten. Es geht um den Kern. Reformen, politische Kompromisse, die nicht nur, aber im besonderen Maße in der parlamentarischen Arbeit oder bei einer Regierungsbeteiligung eingegangen werden müssen, haben eine Messlatte: Verbessern sie die Lebensverhältnisse der Menschen, erweitern sie die demokratischen und sozialen Spielräume oder beschränken sie sich auf die Verwaltung des Elends. Auch in dieser Frage sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von größter Aktualität.

Vor über neunzig Jahren hat die Reaktion die Menschen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht getötet. Ihre Ideen jedoch sind lebendiger denn je. Deshalb will ich an das Ende meiner Ausführungen Worte von Karl Liebknecht stellen. Sie wurden am Tag der Ermordung, am 15. Januar 1919 in der Zeitung „ROTE FAHNE“ veröffentlicht: „Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse, wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird, leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen.

Trotz alledem!“

## Der erloschene Vulkan qualmt wieder...

Der 15. Januar ist nicht mehr nur für die linksdenkenden Menschen in Deutschland ein festes Datum, um mit der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zugleich ein Zeichen des Protestes und Widerstandswillens gegen all die Missstände in unserer Welt zu setzen.

Deutlich wird, die Völker sind weltweit wieder erwacht, um sich gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die breiten Bevölkerungsmassen zu wehren.

Spitzenpolitiker der Europäischen LINKEN luden am EL-Wochenende unter dem Motto „GegenBANKENmacht“ zu einem „Kulturtreff“ in die Volksbühne. Die führenden Genossen der der EL angehörenden Parteien Oskar Lafontaine, Klaus Ernst, Pierre Laurent, Alexis Tsipras und andere geißelten in kurzen, mitreißenden Reden die Banken und das vagabundierende Finanzkapital als die Verursacher der weltweiten Krise: Des Einen Gewinne sind die Schulden der Anderen. Deutschland als Exportweltmeister, Pionier des Lohnabbaus und der Verarm(hartz)ung ist Nutznießer der zunehmenden Verschuldung der anderen Konkurrenten auf den „Märkten“, nicht seiner Partner.

Die weitere Vertiefung der Ungleichheit der EU-Länder unter der Regie der „Merkozymbafia“ führt zur Spaltung Europas und zu Nationalismus. Und damit zur Kriegsgefahr! Nicht faule Griechen oder Spanier oder Italiener sind schuld an der Pleite der jeweiligen Staatsfinanzen, sondern die Nichtbesteuerung großer und

spekulativ aufgetürmter und gewissenlos nach Rendite auch um jeden Preis um den Erdball jagender Vermögen.

Die Teilnehmer in der vollbesetzten Volksbühne nahmen die kämpferischen Worte begeistert auf wie ein trockener Schwamm das Wasser.

Endlich wieder auf die politische Bühne, dort, wo die Occupy-Bewegung schon ist, aber mit Konzepten für eine politische Gegenoffensive auf europäischer Ebene, für ein Europa der Menschen statt der Banken.

In Kürze werden Lafontaine und Laurent gemeinsam in Metz eine Europäische Bürgerinitiative starten: für die Einrichtung eines Europäischen Fonds für soziale Entwicklung und Solidarität, um mit

- niedrig verzinsten oder zinslosen Krediten der EZB ohne die Banken,
- Steuern auf Finanztransaktionen plus einem Beitrag aus dem EU-Gemeinschaftshaushalt,
- für öffentliche Dienstleistungen, Infrastrukturen und Umweltprojekte, für öffentliche Investitionen, Bildung und Forschung und damit die Wiederbelebung der Wirtschaftskreisläufe der besonders betroffenen Länder und ihren Menschen Existenz zu ermöglichen.

Oskar Lafontaine sprach von seinem Traum, dass der alte erloschene Vulkan der linken Bewegung wieder erwachen möge ... und der fing ganz deutlich wieder zu rauchen an.



Das sich anschließende Konzert linker Künstler wie die Urgesteine „Bots“, „Quilapayun“ und die in den Fußspuren Rio Reisers folgenden „Neues Glas aus alten Scherben“ traf auf einen Tsunami der Begeisterung!

El Pueblo unido!!!

Danke, Diether Dehm und Wolfgang Gehrcke für die mitreißende Veranstaltung

Text und Foto:  
Sonja Newiak

# Bespitzelung der LINKEN unterminiert Werte der parlamentarischen Demokratie

**Der Parteivorstand der LINKEN hat am 22. Januar nach den Berichten über die Beobachtung von 27 Bundestagsabgeordneten der LINKEN durch das Bundesamt für Verfassungsschutz einstimmig die folgende Erklärung verabschiedet:**

„Der Spiegel“ veröffentlichte am 22. Januar einen neuerlichen Beleg dafür, in welchem Umfang der Verfassungsschutz DIE LINKE bespitzelt.

Der Meldung zufolge werden 27 Abgeordnete unserer Partei im Deutschen Bundestag und elf ihrer Abgeordneten in Landesparlamenten durch den Verfassungsschutz beobachtet, darunter die Parteivorsitzende, Gesine Lötzsch, der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Gregor Gysi, und die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau.

Die weitere Bespitzelung von Abgeordneten der LINKEN steht in der Tradition von Berufsverboten und unterminiert die Werte der parlamentarischen Demokratie.

Ein Gipfel ist erreicht, wenn der Verfassungsschutz LINKEN bespitzelt, parlamentarische Immunität von LINKEN Abgeordneten aufgehoben und gleichzeitig Rechtsterrorismus verharmlost und finanziert wird.

Der Parteivorstand betrachtet die Bespitzelung als rechtswidrigen Angriff auf unsere Partei. Getroffen werden sollen DIE LINKE, als sozialistische Partei in der Bundesrepublik, ihre Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, die parlamentarisch und außerparlamentarisch Widerstand gegen undemokratische und unsoziale Entwicklungen in diesem Land, insbesondere auch gegen Neofaschismus und Rechtspopulismus, leisten.

Getroffen werden soll aber zugleich der zunehmende gesellschaftliche Widerstand gegen die gegenwärtige Politik der Bundesregierung, auch und gerade in der Frage der Bekämpfung von Neofaschismus und Rechtspopulismus. Durch die Kriminalisierung dieses Widerstandes soll Widerstand begrenzt oder gar verhindert werden.

DIE LINKE wird - zusammen mit vielen anderen - am 18. Februar erneut in Dresden ein Zeichen setzen und damit dokumentieren: Trotz regierungsoffizieller Versuche der Kriminalisierung von Widerstand gegen die herrschende Politik werden viele nach Dresden kommen. Gemeinsam werden wir erneut verhindern, dass die Nazis ihre menschenverachtende Ideologie in Dresden zur Schau stellen können.



## Buchempfehlung

**Peter Sodann (Hrsg.)**

### Lügenbarone und Ganoven

Von Atomminister bis  
Zentralbanker



Schon einmal hat Peter Sodann eine Schar gewitzter Autoren um sich gesammelt, die den Mächtigen oder sich mächtig und wichtig Dünkenden und als kulturelle und politische Elite Auftretenden den

Spiegel der Satire vorhielten. Die 2010 unter dem Titel „Schlitzohren und Halunken – von Ackermann bis Zumwinkel“ erschienene Textsammlung findet nun mit den „Lügenbaronen und Ganoven“ ihre Fortsetzung.

Keine Frage, das Auftreten von Politikern, Wirtschaftsbossen und Meinungsmachern liefert unerschöpflichen Stoff, wenn es um Anmaßung, Fehleinschätzung, Manipulation, zweifelhaftes Kalkül, verwischte Grenzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit und vor allem um die Zuversicht geht, dass das Fußvolk alles schnell vergessen wird. So ist wieder eine illustre Schar von Protagonisten zusammengekommen, deren Aktionsraum vom Fußballfeld bis zu wahrhaft himmlischen Sphären reicht.

Was sind das für Werte, die die großen Werteverteidiger postulieren, ob sie nun Dalai Lama oder Thilo Sarrazin heißen? Was sind die politischen Leitgedanken der Volksvertreter namens Schavan, Aigner oder de Maizière? Welche intellektuelle Begleitmusik lassen Erich Loest, Matthias Matussek oder Henryk M. Broder erschallen?

„Mit bissiger, satirischer Zunge schreibt Sodann, was er von Politikern, besonders Bundespräsidenten, Bundeskanzlern und -kanzlerinnen sowie manchen Ministern und Ministerinnen hält.“

Quelle: „Mitteldeutsche Zeitung“

Eulenspiegel Verlag  
ISBN 978-3-359-02331-9  
Preis 12,95 €

## Termine

- 06.02. 16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“**  
Geschäftsstelle  
**18.00 Uhr Fraktionssitzung**  
Geschäftsstelle
- 07.02. 18.00 Uhr AG Soziales**  
Geschäftsstelle
- 08.02. 09.30 Uhr AG Geschichte**  
Geschäftsstelle
- 13.02. 18.30 Uhr Beratung Kreisverband Lausitz**  
Geschäftsstelle
- 16.2. 17.00 Uhr Autorin Maxi Hill stellt ihr Buch „2 merkwürdige Todesfälle“ vor**  
Souterrain der Christoph-Kolumbus-Schule,  
Muskauer Str. 1

**18. und 19. Februar**  
**Erste Tagung des**  
**3. Landesparteitages**  
Jugendbildungszentrum Blossin

- 20.02. 16.00 Uhr KPF**  
Geschäftsstelle  
**18.00 Uhr Fraktionssitzung**  
Geschäftsstelle
- 27.02. 18.00 Uhr Fraktionssitzung**  
Geschäftsstelle
- 29.02. Stadtverordnetenversammlung Cottbus**  
Stadthaus
- 02.03. 16.30 Uhr IG Politische Bildung**  
Geschäftsstelle
- 05.03. 16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“**  
Geschäftsstelle  
**18.00 Uhr Fraktionssitzung**  
Geschäftsstelle
- 06.03. 18.00 Uhr AG Soziales**  
Geschäftsstelle
- 12.03. 18.30 Uhr Beratung Kreisverband Lausitz**  
Geschäftsstelle

## Wir gratulieren zum Geburtstag

### Februar

- zum 98 Linke, Liesbeth (8.2.)  
zum 90 Wickertsheim, Lotte (16.2.)  
zum 87 Grottko, Margarete (23.2.)  
Haak, Karl (16.2.)  
zum 86 Mahnhardt, Gerhard (13.2.)  
zum 85 Petersohn, Günther (5.2.)  
zum 84 Müller, Ingeborg (2.2.)  
zum 83 Kache, Hugo (22.2.)  
zum 82 Schenk, Franz (24.2.)  
Vogel, Horst (8.2.)  
zum 81 Höno, Walter (21.2.)  
Lehmann, Ruth (7.2.)  
zum 80 König, Renate (2.2.)  
Levermann, Christa (29.2.)  
zum 60 Radochla, Edeltraud (3.2.)  
zum 30 Knöfel, Stefan (16.2.)



### März

- zum 92 Alt, Johann (11.3.)  
zum 88 Schulze, Herbert (10.3.)  
zum 87 Kroll, Hildegard (11.3.)  
zum 84 Kosel, Rudi (7.3.)  
Lehmann, Karl-Heinz (5.3.)  
Röger, Eberhard (12.3.)  
zum 83 Jarolimek, Alexander (10.3.)  
zum 82 Posmantier, Ingeborg (3.3.)  
zum 81 Hennig, Eva (15.3.)  
zum 75 Hauptmann, Thea (9.3.)  
Thomas, Günter (5.3.)  
zum 65 Sperling, Dieter (12.3.)  
zum 60 Heptner, Rita (13.3.)  
Schneider, Gerhard (15.3.)  
zum 50 Möwitz, Mathias (10.3.)

## Kalenderblatt

### Dr. Sigmund Jähn



**13. Februar 1937** in Morgenröthe-Rautenkranz geboren  
**1943 - 1951** Volksschule in Morgenröthe-Rautenkranz  
**1951 - 1954** Lehrausbildung als Buchdrucker in Klingenthal/Vogtl.

**ab 1955** Militärdienst bei den Luftstreitkräften der ehemaligen DDR

**1955 - 1958** Offiziersschüler an der Fliegerschule

**1958 - 1966** Offizier an einer Jagdfliegerstaffel

**1966 - 1970** Studium an der Militärakademie Monino der Luftstreitkräfte der damaligen UdSSR

**1970 - 1976** Inspekteur für Jagdfliegerausbildung bzw. für Flugsicherheit im Stab der Luftstreitkräfte

**1976 - 1978** Kosmonautenausbildung im sowjetischen „Sternenstädtchen“ bei Moskau

**26.8. - 3.9.1978** Teilnahme am Raumflug UdSSR/DDR, Sojus 31/Salut 6/Sojus 29

**1983** Promotion zum Dr.rer.nat. am Zentralinstitut für Physik der Erde, Potsdam, auf dem Gebiet der Fernerkundung der Erde

**Seit 1990** im russischen Kosmonautenausbildungszentrum als freier Berater für das Astronautenzentrum des DLR und seit 1993 auch für die ESA (European Space Agency) tätig

Quelle: [www.deutsche-raumfahrt-ausstellung.de](http://www.deutsche-raumfahrt-ausstellung.de)

### Impressum

#### Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand  
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114  
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Jürgen Siewert

Redaktion: Annelly Richter, Horst Wiesner

E-Mail: [herzblatt@linkspartei-cottbus.de](mailto:herzblatt@linkspartei-cottbus.de)  
homepage: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)

Redaktionsschluss März-Ausgabe:

**19. Februar**